

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

07.10.2026: Keine Bescheinigungen für CPRs

Am 17. September wurden bei [23 Ärzt*innen](#) aus verschiedenen Städten in ganz Italien Hausdurchsuchungen durchgeführt. Ihnen wird vorgeworfen, in amtlicher Eigenschaft falsche Angaben gemacht zu haben, da der Verdacht besteht, dass sie gefälschte ärztliche Atteste ausgestellt haben, um die Einweisung von Migrant*innen in „Rückführungshaftanstalten“ (*Centri di Permanenza per il Rimpatrio*, kurz: CPR) zu verhindern. Nach den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft in Ravenna hätten die Ärzt*innen in mindestens 34 Fällen fälschlicherweise bescheinigt, dass Personen für die Unterbringung in den CPRs ungeeignet seien.

Die Kriminalisierung der Migration betrifft Ärzt*innen nicht zum ersten Mal. [Anfang diesen Jahres](#) wurden acht Ärzt*innen aufgrund ähnlicher Vorwürfe vorübergehend von ihrer Tätigkeit suspendiert. Die Gerichte untersagten drei der unter Untersuchung stehenden Ärzt*innen für zehn Monate die Ausübung ihres Berufs, während weitere fünf für zehn Monate von der Bearbeitung von Rückführungsfällen ausgeschlossen wurden. Diese Urteile berücksichtigen allerdings weder den zunehmenden [politischen Druck auf Ärzt*innen](#) noch die dokumentierten Menschenrechtsverletzungen, zu denen es immer wieder in CPRs kommt.

In Italien müssen dem nationalen Gesundheitssystem angehörende Ärzt*innen im Rahmen einer [medizinischen Musterung](#) bescheinigen, ob die Betroffenen für ein Leben in Haft geeignet sind, bevor sie in ein CPR verlegt werden können. [Nach Angaben des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter \(CPT\)](#) sind diese Untersuchungen jedoch in der Regel kurz, konzentrieren sich auf kommunizierbare Krankheiten oder die wichtigsten Vitalparameter und werden von Mediziner*innen durchgeführt, die (genau wie viele andere Menschen) oft nur wenig über die Bedingungen in den CPRs wissen. Diese Unkenntnis wird politisch bewusst erzeugt und genutzt, um die dort begangenen Menschenrechtsverletzungen zu verschleiern.

Nach [übereinstimmenden Berichten](#), ziehen bereits kurze Aufenthalte in CPRs gesundheitliche Probleme nach sich. Ein aktueller [WHO-Bericht aus dem Jahr 2026](#) weist darauf hin, dass CPRs inhärent gesundheitsschädlich sind und Menschen strukturellen Bedingungen aussetzen, die systematisch psychische und physische Gesundheitsprobleme verursachen und verschlimmern. Die WHO kommt zu dem Schluss, dass „(...) zur Vermeidung der gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Inhaftierung die Inhaftierung von Migranten während Migrations- und Asylverfahren vermieden werden sollte“. Vor diesem Hintergrund scheinen die CPRs darauf ausgelegt zu sein, bei den dort lebenden Menschen aktiv Leid durch Unsicherheit und Krankheit zu verursachen.

Italiens extrem rechte Regierung verschleiern systematisch, was in den CPRs vor sich geht. Die medizinische Untersuchung, mit der festgestellt werden soll, ob Personen für die Inhaftierung in den CPRs in Frage kommen, wird oft [auf einen rein bürokratischen Akt reduziert](#). Die Untersuchungen der Ärzt*innen in den CPRs sollen ohne Protokollierung innerhalb weniger Minuten, ohne kulturelle Vermittlung und unter dem Druck der Strafverfolgungsbehörden durchgeführt werden. Vor diesem Hintergrund verdeutlicht die staatliche Einmischung in die medizinische Begutachtung von Menschen in CPRs

den Versuch, die Ärzt*innenschaft den [Sicherheitserfordernissen unterzuordnen](#), welche die Menschenrechte von Migrant*innen verletzen. Dies führt zu einem erheblichen ethischen Konflikt: Der medizinische Auftrag zum Schutz der Gesundheit steht im Widerspruch zu den Erwartungen der extrem rechten italienischen Regierung, die darauf abzielt, die medizinische Praxis in den Dienst von Inhaftierung und Abschiebung zu stellen. Während einige Ärzt*innen dem strukturellen und politische erzeugten Druck nachgeben, der durch die rassistische Politik der italienischen Regierung ausgeübt wird, verteidigen andere die [berufliche Autonomie der Mediziner*innen](#) gegen staatliche Einmischung.

Die Debatte über die Integrität der Ärzt*innen im Zusammenhang mit der Dokumentation des Gesundheitszustands von Inhaftierten in CPRs ist ein politisches Instrument. Dabei geht es nicht wirklich um die Ärzt*innen. Vielmehr versucht die extrem rechte Regierung Italiens, innenpolitischen Druck aufzubauen, Empörung zu schüren und die öffentliche Aufmerksamkeit auf angebliche Sicherheitsrisiken zu lenken. All dies dient dem Ziel, eine restriktivere Einwanderungspolitik zu rechtfertigen. Dabei ist insbesondere der Plan der Italienischen Regierung hervorzuheben, [sechs weitere CPRs](#) zu errichten und mindestens 106 bestehende, stillgelegte Einrichtungen wieder in Betrieb zu nehmen. Gleichzeitig werden auf EU-Ebene Maßnahmen ergriffen, um [Frontex zu stärken](#) und [Rückführungszentren \(„Return Hubs“\) in Ländern außerhalb der Europäischen Union](#) einzurichten. Das bedeutet, dass mehr Orte geschaffen werden sollen, an denen Menschen systematisch inhaftiert und ihrer Rechte beraubt werden. Dies muss entschieden abgelehnt werden. Die rassistische Politik der Regierung schafft ein vermeintliches Sicherheitsproblem, um Maßnahmen zu rechtfertigen, die auf Angst basieren. Dies zeigt sich deutlich in den [Spannungen](#) zwischen der extrem rechten Regierung in Rom und einigen Regionalregierungen, die den Bau weiterer CPRs zu Recht kritisieren. Während in einigen Regionen die jeweiligen Landesregierungen ihre Kritik an den CPRs auf die rassistische Sicherheitslogik der Bundesregierung stützen, [bekunden andere Regionen ihre Solidarität](#) mit den Ärzt*innen und sprechen sich grundsätzlich gegen das menschenrechtsverletzende Konzept der CPRs aus.

CPRs sollen [als Einrichtungen unsichtbar sein](#), weil in ihnen das Recht auf Gesundheit und das Recht auf medizinische Versorgung (neben vielen weiteren Grundrechten) systematisch missachtet werden. In einem [aktuellen Fall](#) wurde Ärzt*innen der Zutritt zu den Räumlichkeiten des [CPR Corso Brunelleschi](#) in Turin verwehrt, in dem laut einem [aktuellen Bericht der GNPL](#) durchschnittlich [alle drei Tage zwei Fälle](#) von selbstverletzendem Verhalten auftreten. Das CPR in Turin ist keine Ausnahme, sondern einer von unzähligen Fällen körperlicher und psychischer Misshandlung.

Migrant*innen ohne rechtmäßigen Aufenthaltstitel in Italien, die aus medizinischer Sicht als zu geschwächt gelten, können nicht in den sogenannten CPRs untergebracht werden, um von dort aus abgeschoben zu werden. Vor allem psychische Probleme und Infektionskrankheiten sind die Hauptgründe, die in ärztlichen Attesten angeführt werden, um die Ungeeignetheit von Personen für die Inhaftierung zu begründen. Angesichts des [erbärmlichen Zustands der CPRs](#), der an sich schon inakzeptabel ist, da er die Rechte und die Würde der Festgenommenen verletzt, ist die Inhaftierung von Menschen in CPRs aus medizinischer Sicht als Gesundheitsrisiko anzusehen, das niemand erdulden sollte.

Vor diesem Hintergrund kommt niemand für eine [Inhaftierung in einem CPR](#) in Frage. Es ist zynisch, von Mediziner*innen zu erwarten, dass sie entgegen ihrem beruflichen Auftrag, die Gesundheit der Menschen zu schützen, handeln und durch die Ausstellung von Bescheinigungen unter Druck zur Inhaftierung von Migranten beitragen.

Die extreme Rechte politisiert und problematisiert erneut ein Thema, das von vornherein durch menschenrechtsbasierte Maßnahmen hätte gelöst werden können. CPRs stehen **seit langem** wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen in der Kritik. Ärzte fordern Gesetze, die den beruflichen Auftrag von Mediziner*innen respektieren und Ärzt*innen nicht zu unmoralischen Richtern machen, die der rassistischen Ideologie der Regierung dienen. Die Annahme, dass Asylsuchende und Flüchtende zu Kriminellen werden, wenn sie nicht in Gewahrsam genommen werden, ist rassistisch, und es ist inakzeptabel, Ärzt*innen die **Verantwortung für künftige Handlungen ihrer Patient*innen** zuzuschreiben. Aus diesem Grund ist es notwendig, sich hinter die 23 Ärzt*innen, ihre berufliche Autonomie zu stellen, sich für das Recht jedes Einzelnen einzusetzen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und administrativem Status, eine angemessene Versorgung zu erhalten und die Würde aller Menschen zu respektieren. Das eigentliche Verbrechen wird nicht von Ärzt*innen begangen, sondern durch die menschenrechtswidrige Inhaftierung von Migrant*innen in CPRs.

Wenn Ärzt*innen heute Gefahr laufen, zu Kriminellen zu werden, weil sie die Krankheit einer Person bescheinigen, die der Staat ausweisen will, dann liegt das Problem nicht bei den Arzt*innen. Vielmehr liegt es bei einem grausamen System, welches aus politischem Kalkül die Gesundheit hinter die Inhaftierung, den Menschen hinter das Verfahren und Menschenrechte hinter Abschiebungen stellt. Dieses System muss geändert werden und bis dahin gilt unsere volle Solidarität den Ärzt*innen, gegen die jetzt ermittelt wird.

